



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

**Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV**  
Hauptabteilung Direkte Bundessteuer,  
Verrechnungssteuer, Stempelabgaben

Stabsstelle Gesetzgebung, 10. April 2014

---

# **Konsultation zum Bericht des Steuerungsorgans Unternehmenssteuerreform III „Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit“**

Ergebnisbericht

---

## Zusammenfassung

*Im Rahmen der Konsultation sind von den angeschriebenen Kantonen, der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sowie der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) 27 Stellungnahmen eingegangen. Daneben haben 4 weitere nicht angeschriebene Organisationen und Dachverbände Stellungnahmen eingereicht. In der Auswertung wurden sämtliche eingegangenen Antworten berücksichtigt, die sich auf die gestellten Fragen bezogen.*

*Die im Bericht "Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit (Unternehmensteuerreform III)" vorgeschlagene strategische Stossrichtung der Unternehmenssteuerreform III (USR III) wird von sämtlichen an der Konsultation Teilnehmenden begrüsst.*

*Die vorgeschlagenen steuerpolitischen Massnahmen werden von den Kantonen grundsätzlich begrüsst. Sämtliche an der Konsultation teilnehmenden Kantone sind insbesondere damit einverstanden, dass aufgrund der internationalen Entwicklung die Schweiz die kantonalen Steuerstatus für Holding-, Domicil- und gemischte Gesellschaften abschafft. Die Mehrheit der Kantone glaubt auch, dass die vorgestellten steuerpolitischen Massnahmen geeignet sind, die steuerliche Attraktivität der Schweiz im geänderten internationalen Kontext zu festigen. Nach der Mehrheit der Kantone ist eine Boxenlösung vertieft zu prüfen und rasch einzuführen. Für einige Kantone (GE, NE, VD) sind einzig Senkungen der kantonalen Gewinnsteuersätze eine wirksame Massnahme zum Erhalt der Standortattraktivität. Die weiteren steuerpolitischen Massnahmen (zinsbereinigte Gewinnsteuer, Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital, Aufwertung der stillen Reserven, Verbesserungen beim Beteiligungsabzug, Umbau der Verrechnungssteuer, Erleichterungen bei der Kapitalsteuer, Tonnage-Tax, pauschale Steueranrechnung) sind hingegen für die grosse Mehrheit der Kantone nicht prioritär.*

*Die Kantone befürworten grundsätzlich, dass der Bund den Kantonen mit vertikalen Ausgleichsmassnahmen finanzpolitischen Handlungsspielraum für die Senkung des Gewinnsteuertarifs verschafft. Hinsichtlich der konkreten Form des Ausgleichs zeigt die Konsultation auf, dass eine Anpassung der Einnahmenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen bevorzugt wird.*

*Die Projektorganisation will am bewährten System des nationalen Finanzausgleichs festhalten. Im Zuge der Reform der Unternehmensbesteuerung werden allerdings Anpassungen am System erforderlich sein, um die neuen steuerpolitischen Realitäten abzubilden. Dies wird von allen Kantonen anerkannt. Eine Mehrheit der Kantone verlangt aber die Prüfung von anderen Modellen als die im Bericht vorgeschlagene Gewichtung gemäss der relativen steuerlichen Ausschöpfung.*

*Die finanziellen Auswirkungen der USR III auf Bund und Kantone sind derzeit noch nicht quantifizierbar. Es ist davon auszugehen, dass die Reform zu erheblichen Belastungen der Staatshaushalte führt. Auf Bundesebene soll die Frage der Gegenfinanzierung mit der Vernehmlassungsvorlage angegangen werden und einen integralen Bestandteil der Reform bilden. Mit den im Schlussbericht postulierten Grundsätzen zur Gegenfinanzierung sind alle Kantone, die eine Stellungnahme eingereicht haben, einverstanden. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird von einer Mehrheit der Kantone abgelehnt; hingegen wird die Einführung einer Beteiligungsgewinnsteuer von einer Mehrheit als prüfenswert beurteilt.*

# 1. Ausgangslage

## 1.1 Projektauftrag

Im Dezember 2008 hat der Bundesrat das EFD beauftragt, eine Vorlage für die USR III zu erarbeiten. Angesichts der verschärften internationalen Kritik, insbesondere der EU und der OECD, hat der Bundesrat am 4. Juli 2012 das Mandat für den Dialog mit der EU über die Unternehmensbesteuerung verabschiedet. Daneben hat der Bundesrat das EFD beauftragt (BRB vom 1. Juni 2012), in Zusammenarbeit mit den Kantonen und unter Konsultation der interessierten Wirtschaftskreise seine Arbeiten im Bereich des Unternehmenssteuerrechts fortzuführen. Dabei sei den folgenden Vorgaben Rechnung zu tragen:

- Die steuerliche Attraktivität des Unternehmensstandortes Schweiz soll gewahrt und weiterentwickelt werden. Gleichzeitig soll sich der interkantonale Wettbewerb weiterhin in einem transparenten Rahmen abspielen, d.h. über die Steuersätze und/oder über gesetzlich geregelte Sonderregelungen.
- Die internationale Akzeptanz bzw. die Rechts- und Planungssicherheit sollen erhöht werden.
- Sicherstellung ausreichender Einnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden zur Finanzierung staatlicher Tätigkeiten.
- Die Auswirkungen auf den nationalen Finanzausgleich sind zu prüfen und entsprechend zu berücksichtigen.

In der Folge hat das EFD gemeinsam mit der Konferenz der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) eine paritätische Projektorganisation eingesetzt. Ihr Auftrag ist es, Vorschläge zur Anpassung des Unternehmenssteuersystems unter Beachtung oben genannter Ziele auszuarbeiten.

Am 17. Mai 2013 hat das Steuerungsorgan, als oberstes Organ der gemeinsamen Projektorganisation des EFD und der FDK, den Zwischenbericht zu den Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit (Unternehmenssteuerreform III) publiziert. Darin wurde die steuer- und finanzpolitische Stossrichtung der Unternehmenssteuerreform entwickelt. Um die steuer- und finanzpolitischen Massnahmen weiter zu konkretisieren, wurden die Kantone und die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft (economiesuisse, SGV, Schweiz. Arbeitgeberverband, SBVg, SGB, Travail.Suisse) konsultiert. Die Konsultation dauerte vom 18. Juni bis 31. August 2013. Insgesamt gingen 34 Stellungnahmen ein. Die Ergebnisse wurden ausgewertet und am 30. Oktober 2013 auf dem Internet veröffentlicht.

Im Anschluss daran vertiefte die Projektorganisation ihre Arbeiten und veröffentlichte am 19. Dezember 2013 einen weiteren Bericht. Darauf gestützt hat der Bundesrat das EFD beauftragt, eine weitere Konsultation in den Kantonen durchzuführen und dem Bundesrat bis im Mai 2014 Antrag über das weitere Vorgehen zu stellen, insbesondere über die Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage bis im September 2014.

Im Konsultationsverfahren wurden den Kantonen rund 10 Fragen zu den im Schlussbericht beschriebenen steuerpolitischen und finanzpolitischen Massnahmen gestellt.

## 1.2 Die gegenwärtige internationale Entwicklung

An seiner Sitzung vom 16. bis 18. Dezember 2013 hat das Forum über schädliche Steuerpraktiken (Forum on Harmful Tax Practices - FHTP) der OECD vier Schweizer Steuerregimes (kantonale Steuerstatus für Domizil-, gemischte und Holdinggesellschaften, Kreis-schreiben zu Prinzipalgesellschaften) als potentiell schädlich eingestuft. Diese Einschätzung muss allerdings noch vom OECD - Committee on Fiscal Affairs bestätigt werden. Die internationale Entwicklung, namentlich auf Stufe OECD und G20, prägt die Ausgangslage für die USR III. Die OECD strebt die Entwicklung neuer bzw. geänderter internationaler Standards

für die Unternehmensbesteuerung an. Der Spielraum für die nationale Ausgestaltung der Steuerordnung wird damit eingeschränkt werden. Die konkreten Ergebnisse aus den Arbeiten der OECD im Bereich der Unternehmensbesteuerung (z.B. Base Erosion and Profit Shifting - BEPS) sind derzeit noch ausstehend. Es ist daher zum heutigen Zeitpunkt schwierig, die zukünftige Entwicklung zu antizipieren. Trotz dieser Unsicherheiten in der internationalen Entwicklung ist davon auszugehen, dass die Schweiz gewisse steuerliche Regelungen ändern bzw. abschaffen muss. Ohne solche Anpassungen dürfte die Schweiz vermehrt Gegenmassnahmen ausgesetzt sein, was sich negativ auf den Unternehmensstandort Schweiz auswirkt.

## **2. Der Schlussbericht**

### **2.1 Steuerpolitische Massnahmen**

Mit der beabsichtigten Abschaffung der kantonalen Steuerstatus geht ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit einher, der durch andere Massnahmen mit höherer internationaler Akzeptanz kompensiert werden soll. Zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit schlug die gemeinsame Projektorganisation von Bund und Kantonen im Schlussbericht daher eine steuerpolitische Stossrichtung vor, die aus folgenden Elementen besteht:

- Einführung neuer Regelungen für mobile Erträge mit höherer internationaler Akzeptanz,
- kantonale Gewinnsteuersatzsenkungen
- und weitere Massnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität.

Als Ersatzmassnahme für mobile Erträge ist vorgesehen, eine Lizenzbox auf der Ebene des Steuerharmonisierungsgesetzes einzuführen. Mittels einer Lizenzbox werden Erträge aus Immaterialgüterrechten von den übrigen Erträgen eines Unternehmens getrennt und reduziert besteuert, sie kommen mithin in eine spezielle "Box". Solche Lizenzboxen in unterschiedlicher Ausprägung befinden sich bereits in mehreren Mitgliedstaaten der OECD in Anwendung. Zudem wird als weitere Ersatzmassnahme für mobile Erträge vorgeschlagen, das Modell einer zinsbereinigten Gewinnsteuer mit Beschränkung des Schutzzinsabzuges auf überdurchschnittlich hohes Eigenkapital zu prüfen. Zwecks Stärkung der Standortattraktivität soll im Weiteren ein Abbau von Steuerlasten geprüft werden. Dabei stehen insbesondere die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital sowie Anpassungen bei der kantonalen Kapitalsteuer zur Diskussion.

### **2.2 Ressourcenausgleich**

Der mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs eingeführte Ressourcenausgleich bezweckt, die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den Kantonen zu verringern und den Kantonen minimale finanzielle Ressourcen zu gewährleisten. Der geltende Ressourcenausgleich trägt der Tatsache Rechnung, dass die Gewinne der kantonalen Statusgesellschaften steuerlich weniger belastet werden können als normale Gewinne. Im Zuge der Reform der Unternehmensbesteuerung werden Anpassungen am System des Ressourcenausgleichs erforderlich sein, um die neuen steuerpolitischen Realitäten abzubilden. Die Projektorganisation empfiehlt, dass im Ressourcenpotential neu sämtliche Unternehmensgewinne gemäss ihrer steuerlichen Abschöpfbarkeit (Ausschöpfung der Gewinne der juristischen Personen ist aufgrund ihrer höheren Mobilität im Vergleich zur Ausschöpfung der Einkommen der natürlichen Personen tiefer) gewichtet werden sollen. Die Auswirkungen auf den Ressourcenausgleich können mit der Einführung einer Lizenzbox nur grob abgeschätzt werden. Eine Konsultation der Kantone zu diesem Punkt soll unter anderem auch darüber Aufschluss geben, ob diese die Einschätzung der Projektorganisation teilen.

## 2.3 Ausgleichsmassnahmen

Im Durchschnitt der Jahre 2008-2010 betragen die Gewinnsteuereinnahmen der Kantone und ihrer Gemeinden von Gesellschaften mit besonderem Steuerstatus knapp 2 Milliarden Franken (20% der gesamten Einnahmen aus der Gewinnbesteuerung). Damit die finanziellen Lasten der Reform ausgewogen verteilt sind, erklärt sich der Bund bereit, den Kantonen mit vertikalen Ausgleichsmassnahmen finanzpolitischen Spielraum zu verschaffen. Der Umfang der Beteiligung hängt von der Ausgestaltung der steuerpolitischen Massnahmen ab. Daneben haben aber die Kantone einen massgeblichen eigenen Beitrag zu leisten. In Frage kommen insbesondere direkte Ausgleichsmassnahmen in Form erhöhter Anteile der Kantone an Bundeseinnahmen oder indirekte Ausgleichsmassnahmen durch steuerliche Entlastungen für Unternehmen auf Bundesebene.

## 2.4 Gegenfinanzierung auf Bundesebene

Bund und Kantone werden die Mehrbelastungen infolge der USR III kompensieren müssen, damit sie kein Ungleichgewicht in den Finanzhaushalten bewirken. Auf Bundesebene sollen bei der Gegenfinanzierung die folgenden Grundsätze gelten:

- Die Frage der Gegenfinanzierung muss integraler Bestandteil der USR III sein.
- Falls die USR III zu grossen Mehrbelastungen im Bundeshaushalt führt, muss die Gegenfinanzierung auch substantielle einnahmeseitige Elemente aufweisen.
- Ausgabenseitige Kompensationen sollen nicht mit grundlegenden Strukturreformen vermischt werden oder durch Lastenabwälzungen auf die Kantone erfolgen.

Offen ist, ob die Kantone mit diesen Grundsätzen der Gegenfinanzierung einverstanden sind und wie sie einnahmeseitige Kompensationsmassnahmen (Beteiligungsgewinnsteuer, Erhöhung der indirekten Besteuerung (MWST), Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (u.a. Abschaffung Steuervergünstigungen)) beurteilen.

# 3. Eingegangene Stellungnahmen

## 3.1 Kantone (27)

ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, GR, SG, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) sowie Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

## 3.2 Weitere nicht angeschriebene Teilnehmende (4)

Schweizerischer Städteverband (SSV), Economiesuisse, Fédération des Entreprises Romandes (FER) und Ville de Genève.

# 4. Ergebnisse der Konsultation

## 4.1 Steuerpolitische Massnahmen

### (1) Abschaffung der kantonalen Steuerstatus

- **Alle Kantone**, die eine Stellungnahme eingereicht haben, sowie **KdK, FDK** und **economiesuisse** sind grundsätzlich damit einverstanden, dass die Schweiz die kantonalen Steuerstatus für Holding-, Domicil- und gemischte Gesellschaften abschafft.

- Der **SSV** anerkennt die Notwendigkeit, dass die bestehenden privilegiert besteuerten kantonalen Steuerregime unter dem internationalen Druck angepasst werden müssen.
- 4 Kantone (**SZ, AG, TG, SO**) möchten jedoch zuvor eine ergänzende Überprüfung, ob allenfalls nur die steuerliche Privilegierung von ausländischen Erträgen (Ring-Fencing) abzuschaffen wäre oder sehen in der Beibehaltung von reinen Holdinggesellschaften, deren Tätigkeit sich auf das Halten von Beteiligungen beschränkt, kein Problem mit der internationalen Akzeptanz.

## (2) Kantonale Praxis bei Statuswechsel

- Eine Mehrheit der Kantone (**ZH, BE, SZ, NW, GL, FR, SO, BS, BL, AR, AI, SG, GR, AG, TG, GE, JU**) lässt eine steuerneutrale Offenlegung der stillen Reserven und damit eine Aufwertung in der Steuerbilanz für die kantonalen und Gemeindesteuern zu, wenn eine Gesellschaft mit kantonalen Steuerstatus neu der ordentlichen Besteuerung unterliegt.
- 6 Kantone (**UR, OW, ZG, SH, TI, NE**) sind von der Problematik bisher kaum betroffen oder machen keine Angaben über ihre Praxis respektive kennen unterschiedliche Lösungen (z.B. Beantragung eines Steueraufschubs).
- 2 Kantone (**VD, VS**) kennen keine steuerneutrale Aufwertung

## (3) Einführung einer Lizenzbox

- Eine grosse Mehrheit der Kantone (**ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU**), die **KdK**, die **FDK**, der **SSV** und **economiesuisse** sprechen sich für die Einführung einer Lizenzbox oder zumindest für die Prüfung der Einführung derselben aus. Nur ein Kanton (**AI**) spricht sich gegen die Einführung einer Lizenzbox aus.
- Die Hälfte der Kantone (**ZH, BE, UR, OW, GL, SO, BS, AI, SG, GR, AG, TG, NE**) und der **SSV** ist in Bezug auf die Qualifikation der Einkünfte aus Immaterialgütern für eine enge Ausgestaltung der Lizenzbox (Lizenzentnahmen und alle übrigen Einkünfte aus selber entwickelten und erworbenen Patenten oder patentierbaren Erfindungen).
- 5 Kantone (**SZ, BL, SH, TI, JU**) und 1 Verband (**economiesuisse**) sind in Bezug auf die qualifizierenden Immaterialgüter für eine breite Ausgestaltung der Lizenzbox (sämtliche Einnahmen aus dem Verkauf oder aus der wirtschaftlichen Nutzung der Rechte an geistigem Eigentum resp. sämtliche Einnahmen, die auf Rechten an geistigem Eigentum nach Art. 12 OECD-MA<sup>1</sup> beruhen).
- 7 Kantone (**NW, ZG, FR, AR, VD, VS, GE**), die **KdK** und **FDK** geben zu dieser Frage keine eindeutige Antwort oder wollen sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht festlegen.
- Die grosse Mehrheit der Kantone (**ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, SG, GR, AG, TG, VD, VS, NE, GE, JU**), **KdK**, **FDK** und **economiesuisse** sind für eine zwingende Regelung im Steuerharmonisierungsgesetz. 2 Kantone (**AI, TI**) befürworten eine fakultative Regelung.
- 10 Kantone (**OW, SO, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE**), **KdK**, **FDK** und **economiesuisse** sowie die **Stadt Genf** wollen oder verlangen die Prüfung einer Lizenzbox auch für die direkte Bundessteuer.

<sup>1</sup> Experten der OECD erarbeiten in unregelmäßigen Abständen Musterabkommen (OECD-MA). Die letzte Überarbeitung erfolgte im Juli 2010. Diese OECD-MA dienen als Vorlage zur Erarbeitung von Doppelbesteuerungsabkommen, von denen die DBA-Verhandlungspartner - abhängig von der gemeinsamen Interessenslage - abweichen können.

#### (4) Zinsbereinigte Gewinnsteuer

- Die grosse Mehrheit der Kantone (**BE, UR, SZ, OW, GL, FR, SO, BS, BL, AI, GR, TG, TI, VD, VS, GE, JU**), **FDK** und der **SSV** lehnen die Einführung einer zinsbereinigten Gewinnsteuer - beschränkt auf das über dem "Sicherheitskapital" vorhandene Eigenkapital - aus heutiger Sicht eher ab. 5 Kantone (**NW, ZG, SH, AR, SG**), die **KdK** sowie **economiesuisse** befürworten die Einführung einer solchen zinsbereinigten Gewinnsteuer oder möchten zumindest eine vertiefte Evaluation.
- 1 Kanton (**ZH**) hat zu wenig Angaben über die quantitativen Auswirkungen, um sich dazu äussern zu können. Die **Stadt Genf** lehnt eine zinsbereinigte Gewinnsteuer ab, sofern eine Lizenzbox eingeführt wird.

#### (5) Weitere steuerpolitische Massnahmen

Die Mehrheit der Kantone (**UR, OW, NW, GL, FR, SO, AI, GR, TG, VD, NE, GE**, sowie **ZH** mit Ausnahme der Bewertung bei Zuzug und den Massnahmen bei der Kapitalsteuer und **BS** mit Ausnahme der Bewertung bei Zuzug), **KdK, FDK** und **FER** erachten diese Massnahmen **nicht als prioritär** und machen ihre Stellungnahmen zu den einzelnen Massnahmen unter diesem Vorbehalt. 3 Kantone (**BE, NE, JU**) nehmen zu den verschiedenen Massnahmen nicht einzeln Stellung und werden daher - mit der Ausnahme expliziter Aussagen - in der Aufzählung unten nicht erwähnt. Grundsätzlich sind die 3 Kantone (**BE, NE, JU**) gegenüber den vorgeschlagenen weiteren steuerpolitischen Massnahmen positiv eingestellt. 2 Kantone (**VD, GE**) lehnen die Massnahmen eher ab, insofern als dadurch die Finanzierbarkeit der vertikalen Ausgleichsmassnahmen eingeschränkt wird. Sie werden deshalb in der Aufzählung unten nicht nochmals erwähnt.

- a) 12 Kantone (**UR, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, GR, TG, TI, JU**), die **KdK**, die **FDK** und der **SSV** lehnen die **Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital** ab. 10 Kantone (**ZH, BE, SZ, OW, SH, AR, AI, AG, VS**) und **economiesuisse** befürworten oder halten die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital zumindest für prüfenswert. 2 Kantone (**SG, AG**) machen ihre Zustimmung zur Massnahme abhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Bundes.
- b) Die Mehrheit der Kantone (**ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, AR, AI, SG, AG, TG, TI, VS**), **KdK, FDK, SSV** und **economiesuisse** befürworten und begrüssen eine vertiefte Prüfung der **Bewertung bei Zuzug**. 1 Kanton (**SH**) steht dieser steuerpolitischen Massnahme kritisch gegenüber. 1 Kanton (**JU**) sieht die Umsetzung dieser Massnahme eher auf Ebene Kreisschreiben oder in anderer, wenn möglich nicht verbindlicher Form.
- c) 12 Kantone (**SZ, NW, GL, ZG, SO, BS, BL, AI, AG, TI, VD, VS**), **KdK, FDK, SSV** (inkl. der Stadt Genf) und **economiesuisse** sprechen sich gegen einen **Wechsel beim Beteiligungsabzug** aus. 6 Kantone (**UR, OW, SH, AR, SG, TG**) befürworten Verbesserungen beim Beteiligungsabzug oder begrüssen eine vertiefte Prüfung des Beteiligungsabzugs.
- d) Eine Mehrheit der Kantone (**UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, SG, TG, TI, VS**, wobei **SG** und **TG** die Umsetzung getrennt von der **USR III** unterstützen), **KdK, FDK** und der **SSV** begrüssen Massnahmen bei der **Verrechnungssteuer** oder befürworten zumindest eine vertiefte Prüfung. 2 Kantone (**AI, AG**) und **economiesuisse** lehnen die Massnahme ab oder sind der Massnahme gegenüber kritisch eingestellt.
- e) 10 Kantone (**UR, OW, NW, GL, BL, AI, SG, AG, TG, TI**), **KdK, FDK** und der **SSV** lehnen Massnahmen bei der **Kapitalsteuer** ab. 9 Kantone (**ZH, BE, SZ, ZG, FR, BS, SO, SH, AR**) und **economiesuisse** begrüssen Massnahmen bei der Kapitalsteuer oder befürworten zumindest eine vertiefte Prüfung. Der **SSV** würde hingegen einer

Regelung, wonach bestimmte Aktiven bei der Kapitalsteuer privilegiert behandelt werden, zustimmen.

- f) 9 Kantone (**UR, OW, NW, GL, ZG, FR, SH, TI, VS**) sowie **KdK, FDK, economiesuisse** und die **Stadt Genf** befürworten eine **Tonnage Tax** oder zumindest die weitere vertiefte Prüfung derselben. 6 Kantone (**BS, BL, AR, AI, SG, TG**) lehnen die Einführung einer Tonnage Tax ab oder stehen der Massnahme kritisch gegenüber.
- g) Die Mehrheit der Kantone (**UR, SZ, OW, NW, GL, FR, SO, BS, AR, TI, VS** sowie **AI, SG** und **TG** - letztere drei nur bei juristischen Personen), **KdK, FDK, SSV** und **economiesuisse** befürworten Massnahmen oder eine vertiefte Prüfung bei der **pauschalen Steueranrechnung**. Der **SSV** möchte allerdings zuerst geklärt haben, wie mobile Erträge versteuert werden. 4 Kantone (**ZG, BL, SH, AG**) lehnen Massnahmen bei der pauschalen Steueranrechnung ab oder stehen ihr kritisch gegenüber.
- h) 1 Kanton (**AG**) erwähnt als zusätzliche Massnahme **die steuerliche Förderung der Forschung und Entwicklung** und fordert, dass diese Massnahme in die **USR III** aufgenommen wird. 1 Kanton (**TI**) schlägt eine **allgemeine Eidgenössische Steueramnestie** als Massnahme vor. **Economiesuisse** fordert **für die Kantone die Freiheit, autonom neue attraktive Besteuerungsregelungen einführen zu dürfen**.

#### **(6) Anlass zu Gewinnsteuersenkungen bei Kombination der Massnahmen gemäss Ziffer 1, 3 und 4 sowie der kantonalen Praxis gemäss Ziffer 2**

- 12 Kantone (**ZG, SO, BL, SH, AI, GR, TG, TI, VD, VS, GE, JU**) sehen sich gezwungen, die kantonale Gewinnsteuer zu senken.
- 10 Kantone (**UR, SZ, OW, NW, GL, FR, BS, AR, SG, AG**) sehen zunächst keinen Handlungsbedarf.
- 3 Kantone (**ZH, BE, NE**) wollen aufgrund der derzeit dürftigen Datengrundlagen oder aus anderen Gründen keine Stellungnahme dazu abgeben.

#### **(7) Anlass zu Gewinnsteuersenkungen aufgrund der befürworteten steuerlichen Massnahmen sowie der kantonalen Praxis gemäss Ziffer 2**

- 12 Kantone (**ZG, FR, SO, BL, SH, AI, GR, TG, VD, VS, GE, JU**) sehen sich gezwungen, die kantonale Gewinnsteuer zu senken.
- 10 Kantone (**UR, SZ, OW, NW, GL, BS, AR, SG, AG, TI**) sehen zunächst keinen Handlungsbedarf.
- 3 Kantone (**ZH, BE, NE**) wollen aufgrund der derzeit dürftigen Datengrundlagen oder aus anderen Gründen keine Stellungnahme dazu abgeben.

#### **(7a) Weitere Bemerkungen zu kantonalen Gewinnsteuersenkungen**

- 3 Kantone (**VD, NE, GE**) halten die Senkung der kantonalen Gewinnsteuer für die einzige Massnahme, die geeignet ist, den Wegzug von Unternehmen zu verhindern.
- Die **Stadt Genf** betrachtet eine Gewinnsteuersenkung auf kantonaler und kommunaler Ebene als letzte verfügbare Option.
- Der **SSV** lehnt eine flächendeckende Senkung der kantonalen Gewinnsteuersätze bei gleichzeitiger Einführung einer Lizenzbox ab.

## 4.2 Finanzpolitische Massnahmen

### (8) Vertikale Ausgleichsmassnahmen

**Alle Kantone**, die eine Stellungnahme eingereicht haben, sowie die **FDK** und **KdK**, **economiesuisse**, der **SSV**, **FER** und die **Stadt Genf** befürworten, dass der Bund den Kantonen mit vertikalen Ausgleichsmassnahmen finanzpolitischen Handlungsspielraum für die Senkung des Gewinnsteuertarifs verschafft.

Zu den im Bericht aufgezeigten möglichen Formen des vertikalen Ausgleichs bestehen die folgenden Präferenzen:

- Eine steuerliche Entlastung auf Bundesebene im Sinne einer vertikalen Ausgleichsmassnahme wird von 6 Kantonen (**ZH, NW, BS, SH, VD, GE**) und dem **SSV** abgelehnt. Weitere 8 Kantone (**UR, OW, GL, ZG, FR, SO, BL, AR**) sowie die **FDK** und **KdK** stufen diese Massnahme als nicht prioritär ein.  
4 Kantone befürworten eine steuerliche Entlastung auf Bundesebene: **AI** und **SZ** durch eine Senkung des Gewinnsteuersatzes, **TG** und **TI** durch eine Lizenzbox auf Bundesebene. **SG** und **AG** plädieren für eine weitere Prüfung derselben.  
Die **Stadt Genf** ist der Ansicht, dass Massnahmen, die sich auf die direkte Bundessteuer stützen, das Verfahren zur Suche geeigneter Kompensationsmassnahmen vereinfachen würden.  
Die **übrigen Kantone** sowie die **FER** äussern sich nicht spezifisch zu Massnahmen zur steuerlichen Entlastung auf Bundesebene.
- Mit Ausnahme von **NW** stehen zwar **alle Kantone**, die sich spezifisch zu dieser Frage geäussert haben, einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei natürlichen Personen grundsätzlich ablehnend gegenüber, ziehen aber im Sinne einer Ausnahme Anpassungen bei der Besteuerung von Aktionären in Betracht.  
Für 7 Kantone (**OW, ZG, BS, SH, AI, SG, AG**) kommen eine geringere Entlastung von der wirtschaftlichen Doppelbelastung oder deren gänzliche Streichung infrage, **BS** würde eine solche Massnahme begrüssen. Weitere 8 Kantone (**UR, SZ, GL, FR, SO, BL, AR, TG**) – inkl. die **KdK** und **FDK** – plädieren zusätzlich zur geringeren Entlastung oder Streichung von der wirtschaftlichen Doppelbelastung für die Prüfung einer Beteiligungsgewinnsteuer. **NW** und **economiesuisse** lehnen eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ab, explizit auch Anpassungen bei der Dividendenbesteuerung und der Beteiligungsgewinnsteuer. **VD** und **GE** äussern sich nicht zu einer spezifischen Massnahme zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, würden aber u. U. Massnahmen bei Aktionären nicht ablehnen. Die **übrigen Kantone** nehmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage nicht spezifisch Stellung.  
Der **SSV** unterstützt Massnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, soweit es sich um Anpassungen im Verhältnis von Unternehmen und Unternehmens-eignern handelt. Für die **Stadt Genf** kommen lediglich Massnahmen bei Anteilseignern infrage. Die **FER** lehnt eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ab und erachtet die Einführung der Beteiligungsgewinnsteuer als Mittel letzter Wahl.
- **Alle Kantone**, die eine Stellungnahme eingereicht haben, sowie die **FDK** und **KdK**, **economiesuisse**, der **SSV** und die **Stadt Genf** befürworten eine Anpassung der Einnahmenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen. 7 Kantone (**ZH, BE, BL, VD, NE, GE, JU**) und die **KdK** äussern gar eine explizite Präferenz für diese Form des vertikalen Ausgleichs.

Bezüglich der im Bericht aufgezeigten Varianten bestehen folgende Präferenzen:

- 8 Kantone (**BE, ZH, BL, AR, AI, VD, GE, JU**) und die **FER** äussern – zum jetzigen Zeitpunkt – keine spezifischen Präferenzen bzgl. des konkreten Ausgleichskanals.
- 5 Kantone (**UR, GL, SG, TG, TI**) präferieren eine Verteilung (primär) pro Einwohner. Dies wird jedoch ebenfalls von 5 Kantonen (**ZH, ZG, SH, VD und GE**) abgelehnt.
- 4 Kantone (**SZ, OW, FR, SO**) sowie die **FDK** und **KdK** befürworten eine Anpassung, die sich nicht ausschliesslich an einer Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer der juristischen Personen orientiert.
- 3 Kantone (**NW, AG, NE**), **economiesuisse** und die **Stadt Genf** würden eine Erhöhung des gesamten Anteils an der direkten Bundessteuer begrüessen, **NW** und **economiesuisse** alternativ auch lediglich auf die juristischen Personen beschränkt.
- 3 Kantone (**ZG, BS, SH**) sowie der **SSV** sprechen sich für eine Anpassung über die Erhöhung des Kantonsanteils bei den juristischen Personen aus.

#### Weitere Anmerkungen:

**GE** und **VD** plädieren für gezielte Massnahmen für besonders betroffene Kantone im Sinne eines befristeten Härteausgleichs; **ZH, BL** und die **KdK** sprechen sich für eine Prüfung solcher Massnahmen aus.

**ZH, BL** und **SH** sind der Ansicht, dass die Ausgestaltung der Ausgleichsmassnahmen der Betroffenheit der Kantone Rechnung tragen soll. Die **KdK** betont, dass zwischen einer Unterstützung nach Betroffenheit und einer generellen Unterstützung der Kantone vorsichtig abzuwägen ist. Gemäss **KdK** ziehen die Kantone eine generelle, wettbewerbsneutrale Unterstützung vor.

Um eine Förderung ruinösen interkantonalen Steuerwettbewerbs zu vermeiden, schlägt **NE** für den Anteil an der DBSt der juristischen Personen kantonale Limiten vor, welche sich an den jährlichen Gewinnsteuereinnahmen des entsprechenden Kantons orientieren. Weiter regt **NE** die Prüfung einer verstärkten bundesseitigen Unterstützung über die individuelle Prämienverbilligung, die Ergänzungsleistungen oder die Finanzierung der Universitäten an. Auch die **KdK** befürwortet, dass die Unterstützungsvariante über die Ergänzungsleistungen vertieft geprüft werden.

Gemäss **KdK** erwarten die Kantone, dass sich der Bund verpflichtet, mindestens 50 Prozent der Reformkosten mit Hilfe von Kompensationsmassnahmen zu übernehmen. **VD und GE** sind der Ansicht, dass der Umfang des bundesseitigen Ausgleichs mindestens 2 Milliarden Franken betragen muss.

#### **(9) Anpassung des Ressourcenausgleichs**

**Alle Kantone**, die eine Stellungnahme eingereicht haben, sowie die **FDK** und **KdK**, die **economiesuisse**, der **SSV** sowie die **Stadt Genf** teilen die Auffassung, dass der Ressourcenausgleich an die neuen steuerpolitischen Rahmenbedingungen angepasst werden muss.

- 7 Kantone (**ZH, BE, ZG, BS, BL, SH, TI**) sowie **economiesuisse** und der **SSV** befürworten, dass neu *sämtliche* Gewinne juristischer Personen mit einem reduzierten Gewicht in der Aggregierten Steuerbemessungsgrundlage (ASG) berücksichtigt wer-

den und der unterschiedlichen Ausschöpfbarkeit von Gewinnen innerhalb und ausserhalb der Lizenzbox mit zwei unterschiedlichen relativen Ausschöpfungsfaktoren (RSA-Faktoren) Rechnung getragen wird. **VD** und **GE** teilen diese Auffassung, schlagen aber ergänzend vor, dass diejenigen mobilen Gewinne, die künftig von der Lizenzbox nicht abgedeckt werden, ebenfalls mit dem tieferen RSA-Faktor gewichtet werden.

- 4 Kantone (**SG, GR, AG und TG**) sprechen sich dafür aus, dass lediglich die künftig privilegiert besteuerten Gewinne tiefer gewichtet werden. Die Anwendung eines RSA-Faktors auf ordentliche Gewinne wird somit abgelehnt. **GR und TG** plädieren in diesem Zusammenhang für die Weiterführung eines Beta-Faktors für privilegiert besteuerte Gewinne, **AG** befürwortet die Prüfung eines solchen Faktors. Auch für **UR, GL und AI** erscheint eine Weiterführung des Systems mit Beta-Faktoren als sachgerecht.
- 3 Kantone (**OW, NW, FR**) sowie die **FDK** und **KdK** befürworten eine differenzierte Gewichtung der Gewinne juristischer Personen aufgrund der unterschiedlichen Ausschöpfbarkeit. Zusätzlich zu den vorgeschlagenen RSA-Faktoren wird die Beibehaltung bzw. Neukonzeption der Betafaktoren sowie die Prüfung fixer RSA-Faktoren angeregt. Die **KdK** verlangt zudem, die Vor- und Nachteile einer Beibehaltung eines Beta-Faktors gegenüber dem vorgeschlagenen RSA-Faktor in einem Bericht darzulegen.
- **VS** und **JU** äussern sich kritisch zum Ansatz der RSA-Faktoren und regen die Untersuchung und anschliessende Gegenüberstellung des Systems mit Beta-Faktoren mit den vorgeschlagenen RSA-Faktoren an.

## (10) Gegenfinanzierung

**Alle Kantone**, die eine Stellungnahme eingereicht haben, sowie die **FDK und KdK** sind mit den postulierten Grundsätzen zur Gegenfinanzierung einverstanden. **Economiesuisse** spricht sich für den frühzeitigen Aufbau eines finanzpolitischen Spielraums aus; die vorgeschlagenen einnahmenseitigen Kompensationsmassnahmen auf Bundesebene werden von der Wirtschaft abgelehnt. Die **FER** befürwortet prioritär ausgabenseitige Entlastungsmassnahmen.

Zu den im Bericht aufgezeigten möglichen einnahmenseitigen Kompensationsmassnahmen äussern sich Kantone und Verbände wie folgt:

- Die Beteiligungsgewinnsteuer wird von **14 Kantonen (BE, UR, SZ, GL, FR, SO, BS, BL, AR, AI, SG, GR, TG, JU)** inkl. der **FDK** und **KdK** sowie dem **SSV** als prüfenswert beurteilt. 4 Kantone (**NW, ZG, SH, AG**) und die **economiesuisse** stehen der Einführung einer Beteiligungsgewinnbesteuerung ablehnend gegenüber. Die **FER** erachtet die Massnahme als Mittel letzter Wahl. (Die restlichen Kantone nehmen dazu nicht explizit Stellung).
- 16 Kantone (**UR, SZ, NW, GL, ZG, BL, AR, AI, SG, GR, AG, TG, VD, VS, GE, JU**) sowie **economiesuisse**, der **SSV**, **FER** und die **Stadt Genf** lehnen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. 4 Kantone (**FR, SO, BS, SH**) sowie die **FDK** und **KdK** stehen dieser Massnahme «eher ablehnend» gegenüber. **OW** hingegen erachtet Anpassungen bei der Mehrwertsteuer als prüfenswert. (Die restlichen Kantone/Verbände nehmen dazu nicht explizit Stellung).

- Im Zusammenhang mit einer möglichen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage erachten 9 Kantone (**SZ, ZG, FR, SO, BS, BL, AR, GR, JU**) sowie die **FDK** und die **KdK** Anpassungen bei der Teilbesteuerung von Einkünften aus Beteiligungen als prüfenswert. Weitere 5 Kantone (**UR, GL, SG, AG, TG**) fordern bzw. begrüßen entsprechende Anpassungen explizit. Demgegenüber fordert **NW** ausdrücklich den Verzicht auf Anpassungen bei der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Die übrigen Kantone äussern keine explizite Präferenz zu diesbezüglichen spezifischen Massnahmen, vertreten aber die grundsätzliche Ansicht, dass zur Gegenfinanzierung Massnahmen bei juristischen Personen bzw. Aktionären im Vordergrund stehen sollen. Die Abschaffung von Steuervergünstigungen natürlicher Personen wird in keiner der eingegangenen Stellungnahmen begrüsst. Die **FER** lehnt eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ab.

**ZH** erachtet die Auswahl der einnahmenseitigen Kompensationsmassnahmen grundsätzlich als Sache des Bundes. **NE** ist der Ansicht, dass die einnahmenseitigen Kompensationsmassnahmen vertiefter überprüft werden sollten.

## Übersicht über Adressaten und Teilnehmer der Konsultation

### 1. Kantone

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Kanton Zürich	ZH	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Bern	BE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Luzern	LU	---
Kanton Uri	UR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Schwyz	SZ	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Obwalden	OW	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Nidwalden	NW	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Glarus	GL	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Zug	ZG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Freiburg	FR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Solothurn	SO	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Basel-Stadt	BS	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Basel-Land	BL	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Schaffhausen	SH	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Appenzell Ausserrhoden	AR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Appenzell Innerrhoden	AI	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton St. Gallen	SG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Graubünden	GR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Aargau	AG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Thurgau	TG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Tessin	TI	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Waadt	VD	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Wallis	VS	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Neuenburg	NE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Genf	GE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Jura	JU	<input checked="" type="checkbox"/>
Konferenz der Kantonsregierungen	KdK	<input checked="" type="checkbox"/>

### 2. Gesamtschweizerische Verbände

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren	FDK	<input checked="" type="checkbox"/>

### 3. Weitere nicht angefragte Teilnehmende

Adressaten	Abkürzungen
economiesuisse	
Schweizerischer Städteverband	SSV
Fédération des Entreprises Romandes	FER
Stadt Genf	